Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

242 (15.10.1932) Zweites Blatt

Visual Library

Nr. 242
Zweites Blatt

Durlacher Tageblatt

Samstag
15. Oktober 1932

Umschau.

Die Widersprüche bei den politischen Kämpfen. — Berlin — Leipzig — München. — Deutsche Trümpfe in der Außenpolitik.

):(Durlach, 15. Oktober.

Der deutsche Staatsbürger und Wähler hat trotz der ungeheuerlichen Widersprüche, auf die er unausgesetzt stoßen muß, verfolgt er die politischen Vorgänge und namentlich die Taktik der Parteien, dennoch die Pflicht, sich ein Bild von der wirklichen Lage zu machen. Das wird leichter sein, wenn er sich die Tatsache vor Augen hält, daß Deutschland nicht nur vor einem gewöhnlichen Wahlkampf steht, sondern mitten in einer Krisenperiode, bei der es zunächst um die Macht im Staate, dann aber um noch vielmehr geht, nämlich um den Staat selbst.

Die Reichsregierung von Papen muß bemüht sein, sich Verbündete zu ihren gewaltigen Aufgaben zu suchen, wo sie sie findet, sei es bei den Parteien, sei es in den Wirtschaftskreisen, die ja in erheblichem Umfang Einfluß auf die Parteien haben, sei es bei den Länderregierungen. Hoffnungslos verfahren erscheint vorerst die Lage, was die Mehrzahl der Parteien des bisherigen Reichstags anlangt. Zu Beginn der Woche hat man bei dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in Leipzig auch auf klägerischer Seite recht sachliche Töne angeschlagen, aber bezeichnenderweise geriet man dann bald in ziemlich überflüssige, direkt parteipolitische Auseinandersetzungen über das, was der oder jener Minister gesagt haben sollte u. a., und zeitweise unterschied sich die Verhandlung vor diesem bedeutenden Forum nicht allzusehr von einer Wahlversammlung, bis es dem Vorsitzenden gelang, das notwendige Niveau durch Hinweis auf die sachliche Seite des Streits wiederherzustellen. So wird es überall weiter gehen, trotzdem auch in manchen Parteien sichtlich schon das Bestreben vorhanden ist, nicht alle Brücken abzubrechen, zum mindesten bis zu den Wahlen, also noch 3 Wochen. Das zeigte auch der Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags am letzten Dienstag, der der Regierung mit nackten Worten den Vorwurf des wiederholten Verfassungsbruches machte und, bereits unter Anspielung auf den neuen Reichstag, ein Verfahren gegen die Reichsregierung wegen Pflichtverletzung ankündigte. Es handelt sich hier um einen rein agitatorischen Antrag, dem aber bezeichnenderweise auch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, trotz der gleichzeitigen herzlichen Münchener Begrüßungen zustimmen zu müssen glaubten. Dort bekannte sich der Reichskanzler als entschiedenen Anhänger des deutschen Bundesstaats, als Föderalist, während gleichzeitig seine Vertreter vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine rechtliche Begründung für die gewaltsame Absetzung der Regierung des größten deutschen Landes, Preußen, zu konstruieren bemüht sein müssen.

*

Solange der Wahlkampf andauert und solange es noch ganz in der Schwebe bleibt, wie der neue Reichstag aussehen wird, wird das Zentrum aus taktischen Gründen der Wahlagitation, wie die Politik überhaupt, an seiner Oppositionsstellung festhalten. Mögen auch schon vorher die Verhandlungen mit den Länderregierungen beginnen, aus denen die neue Reichsreform entstehen soll, da ja die entsprechende Vorlage sogleich dem neuen Reichstag unterbreitet werden soll. Es sind Verhandlungen der Reichsregierung mit ihren Gegenspielern, mit den Ländern, indirekt aber Verhandlungen mit den Parteien, da diese in den süddeutschen Ländern den maßgebenden Einfluß besitzen, den sie allerdings im größten deutschen Land, in Preußen, durch die Verordnung vom 20. Juli und die Einsetzung des Reichskommissars praktisch zur Zeit nicht haben.

Der Reichskanzler, der zunächst eine Einigung mit den Ländern sucht, hat, an die Adresse der Parteien sich wendend, am Schluß seiner Münchener Rede wörtlich gesagt: „Die Reichsregierung ist entschlossen, den ihr vom Reichspräsidenten erteilten Auftrag der Neuordnung des Staats- und Wirtschaftslebens bis zum Erfolg durchzuführen. Sie hat dazu den Willen und die Macht!“ Das besagt soviel, daß die Parteien, vor allem die der Mitte, vor die Wahl gestellt werden, hier mitzuarbeiten, oder aber, da die Reichsregierung die Führung für sich in Anspruch nimmt, ausgeschaltet zu werden. Wie das geschehen kann, ohne die verfassungsrechtlichen Wege zu verlassen, das mag dahingestellt bleiben. Vielleicht denkt man daran, gestützt auf eine Mehrheit im Reichsrat, mit Hilfe der süddeutschen Staaten notfalls nochmals Wahlen auszuschreiben oder ein Volksbegehren durchzuführen. Aber auch dann muß man aus den schon dargelegten Gründen mit den in den Ländern maßgebenden Parteien rechnen.

*

Bei all dem dürfen wir nicht die großen Schwierigkeiten unserer außenpolitischen Lage außer Acht lassen. Die Bemühungen im Ausland, Deutschland als Friedensstörer hinzustellen und es zu einem Canossagang nach Genf zu veranlassen gehen fort. Aber auch Deutschland hat seine Trümpfe. Daß es nicht ohne uns geht, zeigen die nicht aufhörenden Einladungen nach Genf und zuletzt nach London. Die Welt braucht selbst Ruhe.

Gerade England, das nicht aus Liebe zu uns von seinen Vermittlungsversuchen nicht abläßt, sondern im eigenen Interesse bemüht sein muß, seine in einem friedlosen Euopa von immer größeren Erschütterungen bedrohte weltwirtschaftliche Stellung wieder zu festigen. Und ebensowenig kann Amerika ein dauernd in schweren Kämpfen liegendes Europa brauchen, nachdem es entschlossen ist, mit allen Mitteln seiner unerschöpflichen Volkswirtschaft seinen Außenhandel und seine Produktion wieder aufzubauen. Nebenbei ist auch die Macht Frankreichs in Europa nicht mehr so ganz unerschüttert. Namentlich im Osten und Süden befindet sich das französische Machtsystem in einer starken Krise, mag es auch Paris gelungen sein, die gegenwärtig in Oesterreich befindliche Regierung Dollfuß noch an ihrem Zügel zu halten. Man braucht, wie gesagt, Deutschland bei den Genfer Institutionen, vor allem dem Völkerbund, weil das eine Kreditfrage für Europa und eine Sicherung für die Weltwirtschaft ist. Wir können aber dafür Gegenleistungen fordern.

Aus der Wahlbewegung

Aufruf der SPD.

Berlin, 14. Okt. Der Vorstand der SPD. hat einen Aufruf erlassen, in dem eingangs zu der Rede des Reichskanzlers Stellung genommen wird. Gegen die Pläne der Regierung der Barone stelle sich die Sozialdemokratie zur Verteidigung und zum Gegenangriff.

Der Aufruf fordert die „Enteignung der staatsstreichlüsternen Dynastien“ und des Großgrundbesitzes, die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrieen, die planmäßige Leitung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit durch einen sozialistischen Staatswillen. Die Nationalsozialisten hätten der sozialen Reaktion in den Sattel geholfen. Ihr jahrelanger Kampf gegen die Republik habe der Reaktion den Weg zur Macht geebnet. Die Kommunisten haben, statt Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie für die Rechte des arbeitenden Volkes einzutreten, in zahllosen Parlamentsabstimmungen und beim Volksentscheid am 9. August 1931 gemeinsam mit den Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Kampf gegen die demokratische Republik geführt. Jetzt ernten sie, was sie gesät haben.

•

Nürnberger Wahlkundgebung der SPD.

Nürnberg, 14. Okt. Der Sohn des ersten Reichspräsidenten, Fritz Ebert, sprach hier über die bevorstehende Reichstagswahl. Die Sozialdemokratische Partei trete nach wie vor für Freiheit und Sozialismus in den Wahlkampf, der das Schicksal der deutschen Jugend entscheidend beeinflusse. Der Redner erinnerte in diesem Zusammenhang an das nunmehr 25jährige Bestehen der Sozialistischen Jugendinternationale. Sodann wendete Ebert sich gegen den Vorwurf, die Sozialdemokratie habe sich schlapp gezeigt. Dieser Vorwurf sei ungerechtfertigt. Zur Münchener Rede des Reichskanzlers von Papen sprach Ebert sehr scharfe Worte der Ablehnung; die Sozialdemokraten könnten niemals der gegenwärtigen Regierung folgen. Für die Reichstagswahl laute die Parole der SPD.: Wiederherstellung der parlamentarischen Verhältnisse. Wiederherstellung der Demokratie. Kampf gegen alle, die das deutsche Volk in seiner freiheitlichen Entwicklung zu hemmen versuchten.

•

Nationalsozialistische Wahlkundgebungen

Nürnberg, 14. Okt. Die NSDAP. veranstaltete in der städtischen Festhalle eine Wahlkundgebung, in der zunächst Reichstagsabgeordneter Streicher sich mit der Auflösung des Reichstages beschäftigte. Hitler ergriff das Wort zu einer Rede, in der er scharfe Kritik am Papenschen Wirtschaftsprogramm übte und erläuterte, warum er am 13. August das Angebot des Vizekanzleramtes ablehnte. Er habe sich zu gut dafür gehalten, im Kabinett Papen eine „Raritätenfigur“ darzustellen. Die nächste Aufgabe des Nationalsozialismus sei, die Regierung Papen zu stürzen. Fernziel der nationalsozialistischen Bewegung jedoch sei: ein Volk, ein Reich.

*

Eine Rede Hugenbergs in Stendal

Stendal, 14. Okt. Dr. Hugenberg hielt in einer deutschnationalen Wahlversammlung eine Rede, in der er u. a. ausführte: Das politische Problem für Deutschland kommt auf die Frage hinaus, ob wir den Staat oder die Partei wollen. Wenn wir Deutschnationalen den neuen Kurs, der mit der Regierung Papen eingeleitet wurde, bewußt unterstützen, dann tun wir das, weil wir uns bei der Frage, ob wir den Staat oder die Partei wollen, für den Staat entscheiden. Wir sind nicht Gegner des Parlaments an sich, das als Kontrollorgan der Regierung eine große Bedeutung haben kann; wir sind Gegner des Parlaments als Regierungsorgan. Wir sind auch nicht Gegner der Parteien an sich, sondern nur Gegner der im Parlamentarismus von Weimar begründeten Parteiherrschaft. Die Amtsenthebung von Braun und Severing und die Beseitigung des schwarz-roten Systems als „Reaktion“ zu brandmarken, entspricht parteipolitischer Demagogie. Was hier geschah, ist kein Rückschritt, sondern eine notwendige Tat gegenüber einem rückschrittlichen, längst überlebten System.

Ein Londoner Fischhändler fordert die Schätze des Kaisers Maximilian von Mexiko.

Mr. Brightwell, ein Londoner Fisch- und Fleischhändler, behauptet, daß ihm der Titel „Erzherzog“ zustehe, da er ein Sohn jeenes unglücklichen Kaisers Maximilian von Mexiko sei, der dem österreichischen Kaiserhaus entstammte und 1867 in Queretaro von Aufrührern erschossen wurde. Der angebliche Erzherzog fordert, daß die etwa gefundenen Schätze jenes Schiffes ihm zugesprochen werden müßten, mit dem das Vermögen des erschossenen Kaisers nach Europa zurückbefördert werden sollte, das jedoch bei der Rückkehr unterging. Das Schiff soll jetzt geborgen werden.

Auf dem Wege zur Verfassungsreform

H.D. Die Weimarer Verfassung bedeutet in gewissem Sinne einen Notbau. Das wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält, in wie kurzer Zeit sie geschaffen werden mußte und unter welchen außen- und innenpolitischen Voraussetzungen sie entstand: Waffenstillstandsverhandlungen unter steter militärischer Bedrohung, Friedensdiktat, Straßenkämpfe infolge jäh aufflammenden inneren Haders. Ein Werk, unter diesen Umständen geschaffen, kann nicht Ewigkeitswert beanspruchen. Es hat allerdings — sachliche Betrachtung der Dinge wird das anerkennen müssen — in schwerster Zeit, in Jahren brutalsten Drucks der Siegermächte auf das unterlegene Deutschland, in kritischen Epochen innerer Wirren, doch ein Fundament des staatlichen Lebens geboten, die Reichseinheit gewährleistet, die Wiederaufnahme friedlicher Arbeit ermöglicht.

Seit Jahren hat man sich im Lager der praktischen Politiker sowohl wie in denen der Wissenschaft mit der Frage der Verfassungsreform beschäftigt. Ueberblickt man die umfangreiche Literatur, die bereits über dieses Thema entstanden ist, so treten heute vor allem folgende Abänderungsvorschläge als besonders wichtig hervor:

Das Verhältnis des Reiches zu Preußen wird im allgemeinen als reformbedürftig angesehen; der **Dualismus zwischen Reich und Preußen** soll beseitigt werden. Ferner wird die Einschaltung einer ersten Kammer empfohlen, die als neues Organ zwischen Reichstag und Regierung tritt. Dadurch soll die Stellung der Reichsregierung gekräftigt werden, damit sie sachlich nach festem Kurs arbeiten kann, insbesondere parteitaktischen Erwägungen und Agitationswünschen aus dem Parlament gegenüber unabhängig bleibt. Reformvorschläge liegen auch vor, die die Stellung des Reichspräsidenten betreffen. Und schließlich steht die Aenderung des Wahlrechts zur Debatte. Der Grundgedanke des Ganzen ist: den Staat in sich zu festigen und eine starke geradlinige Führung der Regierungsgeschäfte zu ermöglichen.

An dem Beispiel des Wahlalters zeigt sich am sinnfälligsten, wie zeitgebunden das Weimarer Werk in wichtigen Teilen eigentlich ist. Als man im Jahre 1919 das Wahlalter auf 20 Jahre festsetzte, hatte das zweifellos — von parteipolitischen Erwägungen abgesehen — ernsten Sinn. Dadurch wurde allen Jahrgängen, die bereits mit der Waffe ihrem Vaterland gedient hatten, das Stimmrecht gegeben. Man kann also Gerechtigkeitsgründe für diese Maßnahme anführen: wer draußen im Felde gestanden hatte, mußte auch als vollberechtigter Staatsbürger zur Abstimmung zugelassen werden. Heute hingegen würde ein solcher Grund entfallen. Ein Erhöhung des Wahlalters könnte also, einer häufig vertretenen Auffassung zufolge, zu einer Konsolidierung der Staatslenkung führen: der Einfluß des unruhigen, zu radikalen Lösungen drängenden Elements der allzu Jungen würde ausgeschaltet werden.

Je eher angesichts dieser Sachlage die Reform der Verfassung in Angriff genommen wird, desto besser ist es für die zukünftige Entwicklung von Staat und Nation. Die Reichsregierung hat daher diese gewiß schwierige Aufgabe entschlossen angepackt und ist bestrebt, sie sobald wie möglich einer Klärung entgegenzuführen.

Tomatenkrieg?

Die sogenannte „Tomatenkommission“, die zur Vorbereitung der geplanten Kontingente mit den betroffenen Staaten verhandeln soll, ist von ihrer Rundreise bisher nicht zurückgekehrt. Sie hält sich gegenwärtig noch immer in Rom auf, gleichzeitig mit der Devisenkommission, die dort Sonderverhandlungen führt. Während diese Verhandlungen erfreulicherweise einer Verständigung näherzukommen scheinen, ist auf dem Gebiete der Kontingente, wie ja zu erwarten war, nur schwer ein Fortschritt zu erzielen. Die Kommission wird von Rom aus nach Paris und dann nach Kopenhagen reisen. Ihre Rückkehr nach Berlin ist nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten. Es bestätigt sich also, schreibt die „DAZ.“, daß die von landwirtschaftlicher Seite geforderte Beschleunigung der Kontingentierungsmaßregeln schon aus technischen Gründen nicht durchzuführen ist. Darüber hinaus sind offensichtlich in den beteiligten Ressorts mit Ausnahme des Reichsernährungsministeriums die sachlichen Bedenken gegen die ursprünglich empfohlenen Pläne oder mindestens gegen ihr Ausmaß bedeutend gewachsen. Besonders die außenpolitischen Rückwirkungen der handelspolitischen Offensive haben die Zweifel an ihrer Zweckmäßigkeit verstärkt.

Im Kabinett wird die Frage des Kontingentierungsprogramms nach der Rückkehr der Kommission erneut akut werden. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sich die Reichsregierung zu einer sofortigen Regelung entschließt. Vielmehr ist mit großer Wahrscheinlichkeit eine **Hinausschiebung der entscheidenden Beschlüsse bis in den November** zu erwarten. Dazu tragen auch Rücksichten auf gewisse interne Auseinandersetzungen innerhalb des Reichskabinetts bei, deren Austrag gegenwärtig nicht opportun erscheint. Somit besteht die starke Möglichkeit, daß die Kontingentierungsfrage mit all ihren Begleitumständen bis nach den Wahlen offen bleibt.

Auf der Tagung der Fachabteilung für Gartenbau der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer in Berlin erklärte der Reichsernährungsminister Freiherr von Braun mit starker Betonung, daß er entschlossen sei, den einmal beschrittenen Weg der Kontingentierung unter allen Umständen weiterzugehen. Uebergehend zu der Bezeichnung „Tomatenkrieg“ stellte der Reichsernährungsminister fest, daß der Gartenbau einen bedeutenden Zweig unserer Gesamtwirtschaft darstelle und daher Anspruch auf Schutz habe. Allein 315 000 Menschen fänden in ihm Arbeit, d. i. immerhin das Dreifache der Arbeiterzahl im Erzbergbau, während die jährlichen normalen Verkaufserlöse im Gartenbau sich auf rund 1 Milliarde RM. beliefen.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“

Preußens Klage vor dem Staatsgerichtshof

Dr. Gottheiner gab folgende **Erklärung** ab: Der Herr Reichskanzler hat mich telegraphisch beauftragt, auf die von dem Herrn Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes an mich als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen zu erklären:

„Verhandlungen oder Vereinbarungen mit den Nationalsozialisten sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler.

gez. von Papen."

Dr. Gottheiner fügte hinzu, darüber hinaus lege der Reichskanzler Wert auf die Feststellung, daß er sich nach seinem Amtsantritt sehr ernsthaft bemüht habe, alsbald durch Verhandlungen mit den preußischen Landtagsfraktionen eine Regierungsbildung in Preußen, insbesondere durch Einwirkung auf Zentrum und Nationalsozialisten, herbeizuführen. Der Reichskanzler nehme dabei insbesondere Bezug auf seinen Brief vom 6. Juli 1932 an den Landtagspräsidenten Kerrl.

Zu Beginn der Freitag-Vormittagssitzung antwortete Professor Karl Schmitt namens des Reiches auf die Ausführungen von Geheimrat Anschütz, der eine Prüfung forderte, ob nicht eine Ermessungsüberschreitung vorliege. Schmitt stellt sich auf den Standpunkt, daß Ermächtigung und Ermessen bei der Diktatur in außerordentlicher Weise zusammenhängen. Die Frage, ob eine reichsrechtlich begründete Gewalt landesrechtlichen Charakter gewinnen könne, erledige sich durch den Hinweis auf die Tatsache, daß der Reichskanzler durch Wahlakt des preußischen Landtages auch preußischer Ministerpräsident werden könne. Bei einem Belagerungszustand werde die Landesgewalt vollständig an die Wand gedrückt. Das Reichskommissariat sei demgegenüber als ein Weniger an Härte zu betrachten.

Dr. Brecht erwiderte hierauf: Die Landesregierung sei auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 weder auf Dauer noch auf Zeit abletzbar. Nur eine Aushöhlung der Landesregierung ist möglich durch Uebertragung der vollziehenden Gewalt. Der Reichskommissar kann Instruktionen an die Vertreter Preußens oder eines anderen Landes im Reichsrat nicht erteilen. Die Minister Preußens können im Reichsrat nur einheitlich die Stimmen des Landes Preußen abgeben. In staatsrechtlichen Ausführungen erläuterte Professor **Nawiasky** den Standpunkt der Klageparteien des näheren. Dann lehnt Ministerialdirektor Dr. **Fecht** für die badische Regierung die von Professor Schmitt vorgetragenen Auffassungen des Reiches ab. Baden halte daran fest, daß der Reichskommissar niemals Landesregierung im Sinne der Landesverfassung sein könne. Nach badischer Auffassung müsse der Reichskommitar mit den leitenden Staatsministern zusammenarbeiten und nur in den etwaigen Fällen von Meinungsverschiedenheiten, in denen es sich um Angelegenheiten handelt, für die speziell der Reichskommissar eingesetzt ist, gehe der Wille der Reichskommitars vor. Professor **Peters** spricht für die Zentrumsfraktion von falschen Schlüssen in den Ausführungen des Professors Schmitt.

Zwei Erklärungen des Reichsvertreters

Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** gab namens der Reichsregierung zwei Erklärungen ab. Die erste bezieht sich auf die Behauptung aus den Reihen der preußischen Vertretung, daß zu der Severing-Aeußerung „Sagen wir die Reichsregierung am 31. Juli davon" in der Pressestelle ein Reichsvertreter erklärt habe, die Aeußerung sei im Wahlkampf gefallen. Gottheiner erklärt, in der Pressekonferenz habe nicht ein Vertreter der Reichspressestelle, sondern ein Vertreter der preußischen Pressestelle die erwähnte Aeußerung getan.

Ministerialdirektor Dr. **Gottheiner** wandte sich dann den Fragen zu über die Dauer der kommissarischen Regierung in Preußen und die eventuell einzuleitenden oder bereits eingeleiteten Schritte. Er gab dazu folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung wünscht ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preußischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann aufheben zu können. Im Preußischen Landtag muß eine Mehrheit sich finden, die die Bildung einer handlungsfähigen Regierung ermöglicht. Der Herr Reichskommissar wird wie bisher auf diese Regierungsbildung hinwirken. Die einzelnen Maßnahmen nach dieser Richtung hängen von der Entwicklung der politischen Lage insbesondere nach der Reichstagswahl ab. Sie lassen sich im einzelnen heute von niemanden klar übersehen."

Der 13. August

Der Empfang bei Hindenburg spielte sich nach einer Darstellung von Dr. Frick (NS.) folgendermaßen ab:

Der Herr Reichspräsident erklärte sofort, er habe nur eine einzige Frage an unseren Führer zu richten: Wollen Sie mir Ihre Mitwirkung im Kabinett zur Verfügung stellen?"

Darauf antwortete der Führer (Hitler): „Wir sind unter der Bedingung dazu bereit, daß wir die Führung erhalten".

Darauf Hindenburg: „Sie wollen also die ganze Staatsmacht haben?"

Hitler: „Nein, wir verlangen nur die Führung. Die Bildung des Kabinetts wird dann noch die Frage weiterer Verhandlungen sein."

Hindenburg: „Das geht nicht! Vor meinem Gewissen kann ich das nicht verantworten, das muß ich ablehnen!" — Damit war die denkwürdige Unterredung beendet.

Die Darstellung steht in einem gewissen Widerspruch zu der bisherigen amtlichen Darstellung. Es muß abgewartet werden, ob die bisherige Vertraulichkeit dieser wichtigen Besprechung nicht gelöst wird.

In der Nachmittagssitzung betonte Dr. **Brecht**, daß die Absetzung von Braun und Severing nach Meinung der preußischen Vertretung ebenso eine Ueberschreitung der absoluten Befugnisgrenzen aus Artikel 48 sei wie die Behandlung der übrigen preußischen Staatsminister. Eingehend wandte er sich gegen die Absetzung von mehr als 90 Beamten durch den Reichskommissar.

Es folgte die Aussprache über die für das Verfahren sehr wesentliche Frage der **gerichtlichen Nachprüfbarkeit der Maßnahmen**, die durch Artikel 48 eingeleitet wurden.

Entgegen den Erwartungen kam man im Leipziger Prozeß am Freitag abend noch nicht zum Abschluß, namentlich weil der Vertreter Preußens, Dr. Brecht, erklärte, nicht auf das Plädoyer verzichten zu können. Die Verhandlungen wurden deshalb auf Montag vertagt.

Der „Daubmann-Schwindel"

Hummels Straftaten in Basel

Basel, 14. Okt. Wie die Schweizerische Depeschenagentur mitteilt, ist der Betrüger Hummel in Basel kein Unbekannter. Die Baseler Kriminalpolizei hatte verschiedene Male mit Hummel zu tun gehabt, gegen den Verbrecher besteht auch ein Ausweisungsbeschluß, der erst im Jahre 1937 abläuft. Hummel hat sich in Basel vornehmlich als Einbrecher betätigt. So ist zu erwähnen, daß er im Jahre 1923 im September mit einem Komplizen einen frechen Einbruch in eine Filiale des Allgemeinen Konsumvereins in der St. Alban-Vorstadt unternommen hat. Einige Tage später hatte er damals zu einem zweiten noch kecheren Einbruch ausgeholt. Mit zwei Komplizen hatte er versucht, von einem Wohnhaus aus durch ein großes Loch in der Brandmauer in einen neben diesem Hause gelegenen Laden zu gelangen. Die drei Einbrecher wurden bei ihrer Arbeit überrascht und nach einer verwegenen Jagd über die Dächer, welche damals großes Aufsehen erregt hat, festgenommen. Er und seine Genossen wurden im Jahre 1924 wegen schweren Einbruchs dann zu drei Jahren Zuchthaus und zehnjähriger Landesverweisung verurteilt. Dies hat Ignaz Hummel indes nicht abgehalten, wieder nach der Schweiz zu kommen und so war er letztmals zu Beginn dieser Woche in Basel.

*

Amtlicher Hummel-Bericht

Die badische Regierung wird dem Auswärtigen Amt einen eingehenden Bericht über die Entlarvung des falschen Daubmann übermitteln, der alsdann an die französische Regierung, die bekanntlich wegen Daubmann wiederholt bemüht worden ist, weitergeleitet wird. Die zuständigen Reichsstellen lehnen im übrigen die Unterstellung ab, im Falle Daubmann suggestiv mitgewirkt zu haben. Im Gegenteil habe gerade das Auswärtige Amt von Anfang an äußerste Zurückhaltung geübt.

Frau Hummel läßt sich scheiden.

T.U. Berlin, 15. Okt. Wie der „Lokalanzeiger" aus Freiburg meldet, hat die Frau des Schwindlers Hummel die Scheidungsklage eingeleitet. Die alten Daubmanns, die Hummel erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt hatten, haben Hummels Barguthaben bei einer Freiburger Bank als Deckung für ihre Auslagen beschlagnahmen lassen.

Das Rätsel der Wünschelrute

Der Kongreß der Geophysiker in Leipzig behandelte auch die Frage der Wünschelrute. Oberingenieur Dr. Lehmann sprach über dieses Problem, mit dem sich nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Oeffentlichkeit gerade in letzter Zeit in zunehmendem Maße beschäftigt hat: es handelt sich um die Wünschelrute und ihre bisher noch ungelösten Rätsel. Trotz zahlloser Theorien und Vermutungen auf diesem Gebiete konnte bisher niemand angeben, warum eigentlich bei besonders veranlagten Menschen, wenn sie über eine unterirdische Wasserader hinweggehen, die Wünschelrute ausschlägt. Das Aufsuchen von Wasser mit der Wünschelrute spielt praktisch wohl die wichtigste Rolle, wogegen das Aufsuchen von Bodenschätzen mit dieser Methode nicht selten zu Mißerfolgen führt. Dr. Lehmann hatte Gelegenheit, während langdauernder Untersuchungen zur Blitzsicherung von Hochspannungsmasten viel mit Rutengängern zu arbeiten, weil in dem fraglichen Gebiet die Masten besonders durch unterirdische Wasseradern gefährdet waren. (Diese Wasseradern stellen bekanntlich eine nicht unerhebliche Gefahr für darüber errichtete Bauwerke dar, wenn zwischen Gebäude und Wasser keine ausreichende elektrische Verbindung besteht.) Dr. Lehmann mußte also diese Wasseradern aufzufinden suchen, und dabei stellte er mit den zur Unterstützung herangezogenen Rutengängern eine ganze Reihe von Experimenten an, deren Ergebnisse in Zusammenarbeit mit Geophysikern durch objektive Messungen nachgeprüft wurden. Das Resultat dieser Arbeiten ist kurz das folgende: Durch die Messungen wurde festgestellt, daß in dem gebirgigen Gelände, in dem gearbeitet wurde, die **Wasseradern den elektrischen Zustand der darüberliegenden Luft nicht unerheblich beeinflussen**, wahrscheinlich durch radioaktive Ausstrahlungen des Wassers. Auf diese elektrischen Schwankungen nun spricht der Wünschelrutengänger an, weil sein besonders empfindlicher Organismus auf die plötzliche Aenderung des elektrischen Zustandes der Luft stark reagiert. Zur Nachprüfung dieser Annahme wurden zahlreiche als „empfindlich" festgestellte Personen den Wirkungen eines künstlich erzeugten elektrischen Feldes ausgesetzt, — der Erfolg trat in sämtlichen Fällen ein, d. h. die Rute schlug aus, wenn die Versuchsperson in den Bereich des elektrischen Feldes kam, und es erfolgte kein Ausschlag mehr, wenn (was der Versuchsperson unbekannt war) der Strom ausgeschaltet wurde.

Dem Vortrag folgte eine außerordentlich rege Diskussion, in der neben verschiedenen Einwänden auch der Standpunkt des Redners Unterstützung fand. Mehrere Geophysiker haben bereits eine eingehende Nachprüfung und weitere Erforschung der von Dr. Lehmann angewandten Methoden eingeleitet. Allgemein wurde aber anerkannt, daß die Arbeiten Lehmanns einen wichtigen Schritt nach vorwärts auf dem Gebiete der Wünschelrute darstellen — es besteht die begründete Hoffnung, daß wir mit Hilfe der neuen Experimente endlich zur Lösung dieses so lange vergeblich umkämpften Problems gelangen werden.

Humor und Lachen

Aba! Sohn: „Vater, woran merkt man, daß man betrunken ist?" Vater: „Wenn Du statt der drei Damen am Nebentisch sechs Damen siehst, dann bist Du betrunken." Sohn: „Aber Vater, da drüben sitzt doch nur eine Dame."

*

Im Variete. Der Zauberkünstler läßt einen Knaben aus dem Zuschauerraum zu sich kommen und richtet an ihn die bekannte Frage: „Kennst Du mich, hast Du mich schon einmal gesehen?" Worauf er zur Antwort erhält: „Nein, Papa!"

Deutschland

Berliner Kabinettsberatungen

Berlin, 14. Okt. Das Kabinett hielt am Freitag nachmittag eine längere Sitzung über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen. Im Anschluß daran empfing der Reichspräsident den Reichskanzler zum Vortrag.

2,5 Prozent Kartoffelmehlverwendungszwang für Weizen- und Roggenmehl

Berlin, 14. Okt. Mit Rücksicht auf die gute Kartoffelernte dieses Jahres hat der Reichsernährungsminister durch eine im Reichsanzeiger erscheinende Verordnung den Hundertsatz des ab 16. Oktober 1932 für ein Jahr zu verwendenden Kartoffelstärkemehls auf 2,5 v. H. der in den Betrieben verwendeten Mahlerzeugnisse des Weizens und Roggens festgesetzt. Die Strafvorschriften für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung sind verschärft worden.

Gayls Reiseprogramm in Bayern

München, 14. Okt. Reichsinnenminister von Gayl wird auf seiner Reise durch die bayerische Ostmark von dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und dem bayerischen Innenminister Dr. Stützel begleitet sein. Die Reise führt quer durch den Bayerischen Wald von Hof bis Passau und erstreckt sich über drei Tage, nämlich den Montag, Dienstag und Mittwoch der kommenden Woche.

Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm

Hamburg, 14. Okt. In der vergangenen Nacht kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, und Angehörigen des Stahlhelms zu Zusammenstößen. Hierbei fielen mehrere Revolverschüsse. Zwei Stahlhelmangehörige, der Korvettenkapitän a. D. Lauenstein und der 22jährige Heinz Wolf, wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Ein dritter Angehöriger des Stahlhelms erlitt eine leichtere Rückenschußwunde. Ein Nationalsozialist wurde festgenommen.

Tages-Anzeiger

Samstag, den 15. Oktober.

Bad. Landestheater: „Reifeprüfung", 20—22 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Das Lied einer Nacht". 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Es geht um alles", 7 und 9 Uhr.
Blumen-Kaffee: Tanz-Abend.
Parkschlößle: Tanz.
Krokodil: Großes Winzerfest mit Konzert.

Sonntag, den 16. Oktober.

Bad. Landestheater: „Morgenfeier Richard Strauß", 11¼ bis 12½ Uhr; abends: „Die ägyptische Helena", 19½—22.
Städt. Konzerthaus: „Liebling adieu", 19½—22 Uhr.
Skala-Tonfilm-Theater: „Das Lied einer Nacht", 3, 5, 7 und 9 Uhr. — Abends 11¼ Uhr: „Adolf Hitler spricht im Tonfilm".
Union-Theater: „Es geht um alles", 3, 5, 7 und 9 Uhr.
Naturtheater Lerchenberg: „Sein letzter Seitensprung", ½4.
Ev. Vereinshaus: Liturgischer Abend, 8 Uhr.
Blumen-Kaffee: 4-Uhr-Tanz-Tee.
Hotel Post: Konzert- und Tanzabend, ½7 Uhr.
Parkschlößle: Tanz.
Blume: 10jähr. Stiftungsfest, 1. Mandolinenorchester „Edelweiß", 6 Uhr.
Turnerbundsplatz: Handballspiel, Turnerbund 1888 I. gegen Turnverein 1878 I., 3 Uhr.

Buntes Allerlei

Er wird vom Zeppelin belästigt!

In den Basler Nachrichten" läßt sich ein etwas empfindlicher Einsender folgendermaßen vernehmen: „Es sei uns gestattet, auf einen immer häufiger auftretenden nächtlichen Ruhestörer hinzuweisen und dessen Gebaren zu fordern: Den Zeppelin. Beinahe wöchentlich läßt sich dieses groteske Ungetüm angelegen sein, mitten in der Nacht mit offenem Auspuff seiner Motoren ganze Landesgegenden auf roheste Art zu wecken und mit seinen Scheinwerfern die so aus dem Schlafe geschreckte Menschheit zu verhöhnen.

Lob der Ohrfeige

In dem humanen Zeitalter, in dem wir leben, ist es nicht mehr üblich, Schlägen zum Zweck der Erziehung oder Bestrafung das Wort zu reden. Umso auffälliger ist es daher, wenn ein deutsches Gericht, und zwar das Arbeitsgericht in Frankfurt a. M., in einem Urteil zu folgendem Loblied der Ohrfeige gelangte: „Die Ohrfeige ist seit Jahrhunderten eine volkstümliche Vergeltungsmaßnahme, die, gegeben zur rechten Zeit, am rechten Fleck, mit gerechtem Maß und zum rechten Zweck in ihrer erzieherischen Wirkung unerreicht ist und weder durch mildweise Mahnungen noch durch drakonisch strenge Ehrenstrafen im Einzelfall ersetzbar ist." Erinnert man sich der berühmten Definition, die das Reichsgericht in einem Kilometersatz von der Eisenbahn gegeben hat, kann diese erschöpfende und formal einwandfreie Erläuterung der Ohrfeige geradezu als klassisches Vorbild angesehen werden.

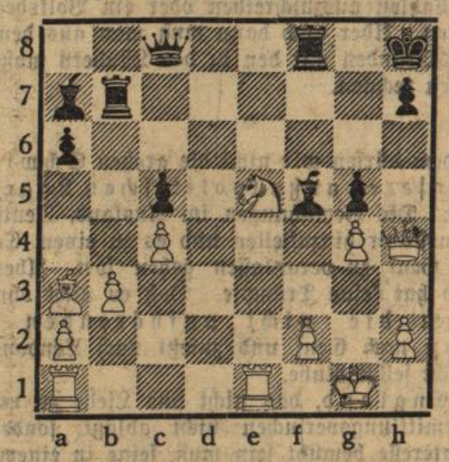
Schachspalte des Durlacher Tageblattes

geleitet von Theo Weißinger, oberrheinischer Meister.

Partie Nr. 21. Spanisch.
Gespielt im Turnier zu Pasadena.
Weiß: Dr. Aljechin. Schwarz: H. Steiner.

1. e2—e4 e7—e5 2. Sg1—f3 Sb8—c6 3. Lf1—b5 a7—a6 4. Lb5—a4 Sg8—f6 5. 0—0 Lf8—c5 6. c2—c3 Sf6×e4 7. d2—d4 Lc5—a7 7. . . . e×d4 wäre wegen der Antwort 8. Te1 nicht zu empfehlen. 8. Db1—e2 f7—f5 Nicht d5, denn es käme 9. S×e5 mit der Doppeldrohung Se5×c6 und f2—f3. 9. d4×e5 0—0 10. La4—b3+ Kg8—h8 11. Sb1—d2 Dd8—e8 Dieses Bauernopfer ist nicht recht verständlich. Warum nicht 11. . . . d5, was besser war? 12. Sd2×e4 f5×e4 13. De2×e4 d7—d5 Um Spiel zu bekommen, gibt Schwarz gleich noch einen Bauern her. 13. . . . ließe das einschürende e5—e6 zu. 14. Lb3×d5 Lc8—f5 15. De4—h4 Sc6×e5 16. Ld5×b7 Ta8—b8 17. Sf3×e5 Tb8×b7 18. Tf1—e1 Tb7—b5 19. Se5—f3 De8—c8 20. c3—c4 Tb5—b7 Der Turm soll nach Aufzug des Bauern c7 die 7. Reihe verteidigen. 21. b2—b3 Lf5—g4 22. Lc1—a3 Mit Tempogewinn! 22. . . . c7—c5 23. Sf3—e5 Lg4—f5 24. g2—g4 g7—g5 Eine traurige Notwendigkeit. Offenbar ist 24. . . . Lc2 wegen 25. Tac1, 24. . . . Le6 oder Ld7 wegen 25. Sg6+ untunlich.

Stellung nach dem 24. Zuge von Schwarz:



25. La3—b2! Kh8—g8 Bei Annahme des Damenopfers würde das typische Matt 26. Sf7+ Kg8 27. Sh6 erfolgen. 26. Dh4—h5 Mit 26. D×g5+ Tg7 könnte Weiß noch seinen glatten Sieg gefährden. 26. . . . Lf5—e6 27. Se5—d7! Schwarz gibt auf. Nach 27. . . . D×d7 28. D×d7 28. D×g5+ Kf7 29. Df6+ Kg8 genügt schon das einfache 30. D×e6+, um dem Schwarzen jede Hoffnung zu nehmen.